

Agenda

Glaubwürdigkeit im Eimer – 2. Teil

Von Roland Stark



Die Anekdote ist steinalt, aber aktueller denn je: SVP-Bundesrat Rudolf Gnägi, einer aus der langen Reihe glücklicher bürgerlicher Armeeminister, konfrontierte den Basler SP-Nationalrat Andreas Gerwig mit der provokativen Frage, warum denn ein finanziell gut

betuchter und intelligenter Anwalt wie er sich eigentlich ausrechnet bei der Linken engagieren müsse. Gerwig antwortete schlagfertig: «Glauben Sie wirklich, Herr Bundesrat, man müsse arm und dumm sein, um in der SP politisch aktiv zu sein?»

Jahrzehnte später lästert Markus Somm über «eine Sozialdemokratin, die selber zusammen mit ihrem Mann zwölf Millionen Vermögen ihr Eigen nennt, aber für die Armen kämpft». (BaZ, 22. 11. 2014) Dabei wurde der Unternehmer noch kürzlich im gleichen Blatt in den höchsten Tönen gelobt als ein Mann, der eine KMU in schwierigen Zeiten im hintersten Flecken des Emmentals übernommen, saniert und in die Gewinnzone gebracht habe. Alfred Nellen hat Arbeitsplätze erhalten, neue geschaffen, auch Lehrstellen. Ein Vorzeigeunternehmer, dessen einziger Makel ist, mit einer Sozialdemokratin verheiratet zu sein, bei der Anspruch und Wirklichkeit allerdings etwas gar weit auseinanderdriften.

Friedrich Engels, der Mitverfasser des Kommunistischen Manifests, war das älteste von neun Kindern eines sehr wohlhabenden deutschen Textilfabrikanten. Nach der gescheiterten Revolution 1848/1849 emigrierte er nach England, wo er die väterliche Fabrik in Manchester verwaltete. Seine unternehmerische Tätigkeit trat nun in den Vordergrund, was ihn in die Lage versetzte, seinen stets klinkenden Freund und Mitkämpfer Karl Marx finanziell zu unterstützen. Nach dem Tode von Marx avancierte Friedrich Engels zum geistigen Haupt des internationalen Sozialismus und trug mit seiner Tätigkeit massgeblich zur Weiterentwicklung und Popularisierung des Marxismus bei. Klug, reich und trotzdem links. Jenny Marx, die Ehefrau des kommunistischen Urahns, seufzte später: «Ich wünschte, mein Karl hätte Kapital angehäuft, statt nur darüber zu schreiben.»

Finanzielle Engpässe kommen natürlich auch heute noch vor, selbst in den besten Familien. So klagte einst Doris Schröder-Köpf, die Frau des Bundeskanzlers, dass es ihr für den Besuch einer Aids-Gala an einer standesgemässen Garderobe gefehlt habe. Der alte Samtrock und der Blazer wirkten im Vergleich zu Prinzessin Caroline von Monaco (Chanel oder Dior) schäbig. Sie habe schrecklich neben ihr ausgesehen. «Aber wissen Sie, ich hätte mir all die tollen Kleider gar nicht kaufen können, wir hatten einfach nicht das Geld.» (ZEITmagazin, 47/2010). Unterdessen sind die Schröders aus dem Gröbsten raus, ihre finanzielle Situation hat sich deutlich entspannt.

Anderen Vorzeigefiguren der «modernen» Sozialdemokratie geht es weniger gut. José Socrates, der ehemalige portugiesische Ministerpräsident, verbringt seine Tage und Nächte in Untersuchungshaft statt in seiner Luxuswohnung in Paris. Zweifelhafte Geschäfte werden ihm vorgeworfen, auch mit einer maroden Bank mit dem wunderschönen Namen Banco Espirito Santo. Die Reformer senkten die Steuern für die Reichen und erhöhten die Soziallasten für die Armen. Sich selbst öffneten sie ihre Taschen und Konten und empfingen dankbar die Dividende.

«Hörst du nicht manchmal in dunkler Nacht eine leise Stimme, die mahndend spricht: «Genosse, schämst du dich nicht –?» fragte Kurt Tucholsky («An einen Bonzen»). Offenbar nicht.

Energiewende

Planwirtschaftliche Energiestrategie

Von Edwin Somm

Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates erinnert stark an ein Perpetuum mobile, das unfähig ist, Strom zu erzeugen. Der sogenannten Strategie fehlt es an Vision, an Ziel, an Klugheit und Realitätssinn für die Umsetzung. Sie ist eine lose Ansammlung von planlosen Gesetzen, die durch staatliche Gebote und Verbote und Sanktionen umgesetzt werden sollen. In ihrer Hilflosigkeit erinnert sie stark an Planwirtschaft. Selbsttendenz ist auch die Kostenfrage noch nicht geklärt.

Nicht nur, dass die zuverlässigsten Kernkraftwerke, nämlich unsere, vom Netz genommen werden müssten. Durch einen Ausstieg aus der Kernenergie würde die Schweiz sich selbst vom Netz der Stromproduktion der Zukunft nehmen. Ich denke da an den von Brown-Boveri in den 1970er-Jahren entwickelten, hocheffizienten Hochtemperatur-Reaktor, dessen Weiterentwicklung den zukünftigen Energiehunger Chinas stillen soll und der auch eine Option für die Schweiz wäre. Durch ein Technologieverbot würden wir jenen Reaktor lahmlegen, der uns eine dezentrale Strom- und Wärmeerzeugung ohne CO₂-Ausstoss erlaubt. Oder, bildlicher ausgedrückt, es macht keinen Sinn, jene Hand wegzudecken, die uns künftig sicher mit Strom und Wärme füttern würde.

Die Nutzung und die Optimierung der Kernenergie werden auch ohne uns weitergehen, und zwar in riesigen Schritten. Geforscht wird im Moment am Projekt der Fusionsenergie, bei der versucht wird, die energetischen Prozesse der Sonne nachzuahmen. 2017 geht im Max-Planck-Institut eine Versuchsanlage in Betrieb. Gelänge diesbezüglich der Durchbruch, so würde das die Gegenwart einer schier unerschöpflichen Kernenergiequelle ohne das Risiko einer Kernschmelze und die Notwendigkeit eines Endlagers bedeuten. Wir wären dann in der Lage, den Einsatz von fossilen Brennstoffen für die Stromerzeugung massiv abzubauen. Eine kluge eidgenössische Energiestrategie würde an dieser Entwicklung aktiv teilhaben und sich nicht davon verabschieden.

Das Debakulose der Strategie offenbart sich auch bei unsern Wasserkraftwerken, die durch einen falsch verstandenen Ökogedanken mit unsinnigen Subventionen betriebswirtschaftlich ausgetrocknet werden sollen. Unsere Pumpspeicherwerke in den Bergen dürften nur noch bei Schlechtwetter Strom liefern und würden überhaupt nicht mehr rentieren. Als Konsequenz resultierte daraus, dass eine volkswirtschaftlich unabdingbare Versorgungssicherheit nicht mehr garantiert wäre.

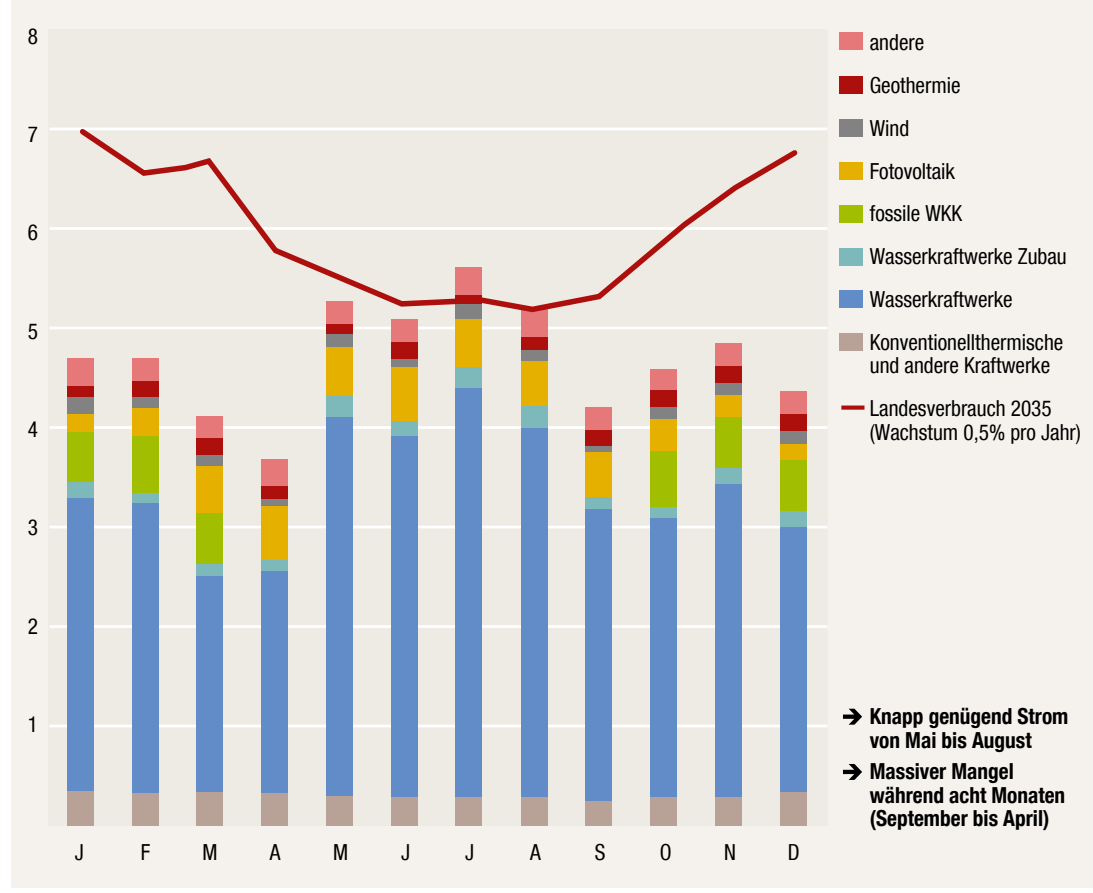
Der Energiestrategie 2050 fehlt es an Vision, an Ziel, an Klugheit und Realitätssinn für die Umsetzung.

Würde die Strategie tatsächlich umgesetzt, könnte die Schweiz bereits in 20 Jahren während acht Monaten im Jahr ihren Strombedarf nicht mehr selbst decken. In zehn Jahren schon wären wir abhängig von Stromlieferungen aus Kohlekraftwerken in Italien und Österreich – Strom, der sich mit unserem Verständnis vom Umweltschutz nicht vereinbaren lässt. Und der finanzielle Aufwand für Investitionen in diesen gross angelegten Unsinn würde zwischen 50 und 100 Milliarden Franken kosten.

Die Zukunft der Energie und die Energie der Zukunft – das ist eine Jahrhundertfrage. Der Nationalrat hat in der laufenden Session mit Rückweisung dieser Strategie die grosse Chance, einen vernünftigen und vor allem gangbaren Weg in der schweizerischen Energiefrage zu suchen. Das infrage stehende und vorliegende Strategiepapier 2050 taugt eigentlich nur dazu, in einem Cheminée ein wärmendes Feuer in Gang zu bringen.

Edwin Somm, Jahrgang 1933, hat an der ETH Zürich Maschineningenieur studiert. Er war Chef der ABB Schweiz und sass im Vorstandsausschuss der Economiesuisse. Markus Somm, Chefredaktor der BaZ, ist sein Sohn.

STROMPRODUKTION UND -VERBRAUCH IN DER SCHWEIZ 2035 OHNE KERNKRAFTWERKE UND MIT ZUBAU GEMÄSS ENERGIESTRATEGIE 2050 in TWh



Neue Energiepolitik: Nicht am Volk vorbei!

Thomas Pfisterer

Nach den Ereignissen in Fukushima kündigten der Bundesrat und später die Bundesversammlung eine neue Energiepolitik an; sie betrifft vor allem die Stromversorgung. Ein verbindlicher Entscheid zur «Energiewende» ist aber noch nicht gefallen; vor allem hat sich das Schweizervolk noch nie geäussert. Ob es zustimmt, ist zumindest offen. Es braucht Überzeugungsarbeit. Eine neue Energiepolitik ist nötig. Wir müssen massiv Energie sparen, wollen nicht vom Stromimport (Kernenergie aus Frankreich, Kohle aus Deutschland, Gas aus Russland) abhängen und die Versorgungssicherheit sowie das Klima schützen.

In der Schweiz stellt das Volk die grundsätzlichen Weichen selber; darauf sind wir stolz. So haben Volk und Stände insbesondere 1957 und 1990 in der Bundesverfassung über die Energiepolitik befunden und anderslautende Volksinitiativen abgewiesen. Nun will der Bundesrat von diesen Volksentscheiden abweichen: Er gefährdet so die in der Verfassung verankerten energiepolitischen Ziele einer «ausreichenden, breit gefächerten, sicheren, wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Energieversorgung», indem er den Ausstieg aus der Kernenergie ins Zentrum stellt. Das ist ein grosses Unterfangen, denn einen «sicheren» Ersatz für die 35 bis 40 Prozent Stromproduktion aus KKW haben wir leider noch nicht. Weder genügen die erneuerbaren Energien noch das Stromnetz noch die Speichermöglichkeiten dieser Herausforderung. Soweit ersichtlich, ist diese Verfassungsfrage bisher nie überzeugend abgeklärt worden.

Eine grundsätzliche Weichenstellung bedarf einer Verfassungsänderung mit Zustimmung von Volk und Ständen. Der Bundesrat belässt es mit der «Energierategie 2050» aber bei Gesetzesänderungen. Dieser Weg führt an Entscheiden von Volk und Ständen zur Verfassung vorbei. Der Nationalrat berät ab heute ein «erstes Massnahmenpaket». Es enthält u. a. ein Verbot des Neuausbaus von KKW, verlangt Energiesparen, fördert Gebäudesanierungen und bezweckt eine langfristige Abnahme des Stromverbrauchs. Enthalten sind das Risiko einer geringeren Versorgungsqualität, höhere Preise und einer Beeinträchtigung von Natur- und Heimatschutz. Eine öffentliche Debatte ist für solche Veränderungen nötig. Sie sind nur erfolgreich, wenn Bevölkerung, Wirtschaft und Kantone sie mittragen. Auch der Markt muss mitmachen; ambitionöse Pläne der Verwaltung allein genügen nicht.

Nötig ist ein Entscheid von Volk und Ständen, weil die Weichen langfristig gestellt werden sollen. Der Bundesrat plant für später ein zweites Massnahmenpaket, das eine Lenkungsabgabe zur Steuerung des Energieverbrauchs enthalten soll. Vielleicht folgt noch ein drittes Paket. Wenn die Reform unterwegs ist, gibt es keinen Halt und keine Umkehr. Sonst werden die Investitions- und Versorgungssicherheit, aber auch Arbeitsplätze gefährdet. Die «Energiewende» ist ein Langfristprojekt und verlangt einen Langfrist-Entscheid.

Die Bundesversammlung ist für die Einhaltung der Verfassung und der Volksrechte verantwortlich. In der Schweiz gibt es auf dieser Ebene keinen Verfassungsrichter. Also muss das Parlament seine Hüterrolle wahrnehmen und eine Neuorientierung der Energiepolitik zusammen mit Volk und Ständen suchen. Das mögliche Gesetzesreferendum gegen das erste Massnahmenpaket ist kein tauglicher Ersatz für eine Verfassungsänderung. Es verwehrt eine hinreichende demokratische Mitsprache. Es erlaubt keinen grundsätzlichen und langfristigen Entscheid zum Gesamtpaket. Die neue Politik wird als eine Art indirekter Gegenvorschlag zur «grünen Atomausstiegs-Initiative» dargestellt. Sie sucht – fragwürdig – alle Stimmberechtigten, die gegen einen überstürzten Ausstieg sind, zur Gesetzesannahme zu veranlassen, ob sie die «Energierategie» nun billigen oder nicht. Dem Projekt wird es daher so an einer genügenden demokratischen Glaubwürdigkeit fehlen.

Thomas Pfisterer, FDP, Rechtsanwalt Baden/Aarau, ehemaliges Mitglied des Ständerats, der Kantonsregierung Aargau und des Bundesgerichts.

Basler Zeitung

National Zeitung und Basler Nachrichten AG
Gegründet 1842 (NZ) und 1844 (BN)

Verwaltungsratspräsident und Delegierter:
Rolf Bollmann

Verleger und Chefredaktor: Markus Somm (mso)

Stv. Chefredaktor: David Thommen (-en)

Chefredaktion: Michael Bahnerth (mb), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Laila Abdel'Al, Assistentin

Politik: Martin Furrer (mfu), Leitung – Viviane Joyce Laissue (vj), stv. Leitung – Hansjörg Müller (hjm) – Benedict Neff (ben) – Samuel Tanner (sta)

Bundeshaus: Dominik Feusi (f), Leitung – Daniel Ballmer (dab), Beni Gafner (bg) – Hubert Mooser (hmo)

Basel-Stadt: Nina Jecker (nj), Leitung – Dominik Heitz (he), stv. Leitung – Aaron Agnozzza (aag) – Nadine Brügger (nab) – Denise Dollinger (dd) – Joël Gernet (jg) – Mischa Hauswirth (hws) – Jonas Hoskyn (hys) – Rahel Koerger (rak) – Franziska Laur (ffl) – Martin Regenass (mar)

Baselland: Christian Keller (ck), Daniel Wahl (wah), Leitung – Boris Gyga (bgy) – Joël Hoffmann (jho) – Alexander Müller (amu) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis)

Thomas Dähler (td) – Thomas Gubler (Gu), Liestal

Wirtschaft: Ruedi Mäder (rm), Leitung – Patrick Griesser (pg), stv. Leitung – Seraina Gross (sgr) – Kurt Tschan (kt) – Daniel Zulauf (dz) (Zürich)

Sport: Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Andreas Eugster (ae) – Oliver Gut (og) – Fabian Kern (ker) – Tilman Pauls (tp) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur: Raphael Suter (ras), Leitung – Sigfried Schibli (sb), stv. Leitung – Christoph Heim (hm), Nick Joyce (nj) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Markus Wüest (mw)

Auslandskorrespondenten: Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borger (bor), London – Fritz Dinkelmann (fd), Berlin – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (fl), Warschau – Willi Germund (wg), Bangkok – Frank Herrmann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Felix Lee (flp), Peking – Thomas Roser (tro), Belgrad – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile: Graziella Kuhn (gku)

Kolumnisten: Claude Cueni – Thomas Cueni – David Dürr – Felix Erbacher (FE) – Allan Guggenbühl – Markus Häring – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl) – Walter Holstein – Helmut Hubacher – Markus Melzi – Manfred Messner – Linus Reichlin – Eugen Sorg – Regula Stämpfli – Roland Stark – Tamara Wernli

Spezialseiten: Bildung: Markus Wüest (mw) Gesundheit heute: Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) Mobil/Reisen/essen & Trinken: Benno Brunner (bb) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Roland Harisberger (rh)

Beilagen/Projekte: Roland Harisberger (rh) – Benno Brunner (bb)

Produktion: Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Claudia Biangetti (cbj) – Dominique Burckhardt (db) – Peter de Marchi (pdm) – Sarah Ganzmann-Kuhni (sku) – Christian Horisberger (ch) – Marko Lehtinen (ml) – Eva Neugebauer (ene) – Stefan Strittmatter (mat) – Markus Vogt (mv)

Gestaltung: Nino Angiuli (Art Director), Bettina Lea Toffol (stv. Leitung) – Jean-Claude Basler – Holger Böhler – Paul Graf – Monika Müller – Daniel Schaufelberger – Paul Schwörer

Bildredaktion: Melody Gyga, Leitung – Jeannette Bölle – Doris Flubacher – Fotografen: Pino Covino – Lucian Hunziker – Kostas Maros – Dominik Plüss – Nicole Pont

Korrektur: Lesley Paganetti (Teamleitung) – Rosmarie Ujak (Teamleitung) – Katharina Dillier Muzzolini – Andreas Herzog – Markus Riedel – Dominique Thommen

Sachbearbeitung: Milena De Matteis – Marcel Münch – Anny Panizzi

Dokumentation/Archiv: Marcel Münch doku@baz.ch

Redaktion: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

Büro Liestal: Basler Zeitung, Rebgrasse 17, 4410 Liestal, Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Büro Laufenal/Schwarzbubenland: Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel, Tel. 061 639 11 11

Verlag: Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Leiterin Verlag: Sabine Galindo

Leiter Werbemarkt: Beat Leuenberger

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst: Montag bis Freitag von 6.30–18 Uhr, Samstag von 7.30–12 Uhr, Sonntag von 8–11 Uhr, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Abonnementspreise: Basler Zeitung (mit Sonntagszeitung, inkl. 2,5% MWST): 6 Monate Fr. 245.–, 12 Monate Fr. 466.–, (Ausland auf Anfrage)

BaZ am Aeschenschplatz: Aeschenschplatz 7, Postfach 2250, 4002 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19, schalter@baz.ch

Schalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr

Todesanzeigen: todesanzeigen@baz.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Inserate: Basler Zeitung Medien, Aeschenschplatz 7, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20, inserate@baz.ch, www.bzm.ch

Reservierungen/Technische Koordination: Reto Kyburz

Geschützte Marken: Nordwestschweizer ZEITUNG

Basler Woche

BaZerfab

Annoncenpreis: Basler Zeitung, s/w oder farbig Fr. 4,25, (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.) Ein Mitglied des metropool

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG Bubenbergrasse 1, 8021 Zürich

Basler Zeitung Medien: Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: Distriba AG, Neue Fricktaler Zeitung AG